

Großbanken

Licht und Schatten

Schaut man sich die Halbjahresergebnisse der (verbliebenen) deutschen Großbanken mit einem schnellen Blick an, so darf man aufatmen. Endlich überwiegen wieder einmal die besseren Nachrichten gegenüber den fast schon alltäglich gewordenen Grausamkeiten. Die Commerzbank beispielsweise hat den Aufwärtstrend aus dem ersten Quartal auch zwischen April und Juni bestätigt und stellt nach einem Ergebnis von rund einer Milliarde Euro für das Halbjahr nun sogar schwarze Zahlen für 2010 ernsthaft in Aussicht. Allerdings zeigt sich im zweiten Quartal, in dem nach 708 Millionen Euro noch 352 Millionen Euro Gewinn gemacht wurden, eine spürbare Abschwächung der Dynamik. Ohne die Aktivierung latenter Steuern in Großbritannien in Höhe von rund 152 Millionen Euro wären die Zahlen zudem noch deutlich schlechter ausgefallen. Größter Ergebnistreiber war die Mittelstandsbank, die mit 383 Millionen Euro das beste operative Quartalsergebnis bislang ablieferte. Im ersten Halbjahr steuerte sie damit fast 70 Prozent zum operativen Konzernergebnis bei. Doch auch hier präsentierte sich der Zinsüberschuss lediglich stabil, der Provisionsüberschuss leicht im Plus. Das kräftige Wachstum resultierte vor allem aus Gewinnen im Handel und im Finanzanlageergebnis sowie niedrigen Abschreibungen.

Derweil leidet das Privatkundengeschäft unter der Verengung der Margen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus. Mit einem operativen Ergebnis von gerade mal 20 Millionen Euro liegt der Bereich Privatkunden damit nicht nur unter dem Vorquartal (29 Millionen Euro), sondern noch deutlicher hinter dem Vorjahr (61 Millionen Euro) zurück. Das erfreuliche Gesamtplus zur Halbzeit dieses Jahres ist damit neben dem Mittelstandsgeschäft vor allem auf die Einheiten Corporates & Markets sowie die hauseigenen Bad Bank Portfolio Restructuring Unit (PRU) zurückzuführen, die Finanzvorstand Strutz aufgrund ihrer netten Beiträge aus Zuschreibungen und Wertaufholungen am liebsten in Profit Restructuring Unit umbenennen wollte.

Bei der Deutschen Bank machte sich vor allem das schwächere Kapitalmarktgeschäft bemerkbar. Gerade mal 51 Prozent des Vorsteuerergebnisses im ersten Halbjahr kamen aus dem Segment Corporate Banking and Securities, nach 93 Prozent im ersten und 63 Prozent im vergleichbaren Quartal des Vorjahres. Für das erste Halbjahr erzielt das Investmentbanking ein Ergebnis vor Steuern von 3,37 Milliarden Euro bei einer Aufwand-Ertrags-Relation von 63 Prozent und einer Eigenkapitalrendite von 42 Prozent. Im Gegenzug lieferte das Privatkunden-

geschäft mit 1,44 Milliarden Erträgen leicht mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres, dank geringer Abschreibungen und niedrigerem Aufwand vervierfachte sich das Ergebnis vor Steuern auf 233 Millionen Euro. Der deutliche Anstieg des Ergebnisses in der Sparte Asset and Wealth Management, die wieder in die schwarzen Zahlen zurückkehrte, ist zum einen auf drastisch geringere Wertberichtigungen sowie die erstmals konsolidierte Privatbank Sal. Oppenheim zurückzuführen, die gleich 148 Millionen Euro an Erträgen beisteuerte.

Auch mit Blick auf andere europäische Großbanken scheint, dass nun so allmählich wieder etwas Ruhe einkehrt in den Bankensektor. Dauerhaft wird das aber wohl noch nicht der Fall sein. Zu groß sind die Volatilitäten an den Märkten, zu unsicher die Zukunft mancher Staaten und zu hoch das Volumen an ausstehenden Refinanzierungsvolumina.

Ratings

Gutes und Schlechtes

Die (gute) Nachricht gleich vorab: Die großen Ratingagenturen werden die Bonitätsnoten der Banken, die sich beim EU-Stresstest schwer getan haben oder durchgefallen sind, wohl erst einmal nicht ändern. Zunächst würden HRE und Co. durch ihre Ratinguntergrenze gestützt, heißt es etwa bei Fitch. Dass die Agenturen nicht prompt reagieren ist vernünftig, denn vielerorts – als Beispiel dürfen auch die spanischen Cajas dienen – wird bekanntlich gerade nach allen Kräften umstrukturiert, was das EU-Planspiel nicht berücksichtigt hat. Und nicht zuletzt wäre es auch eine Schlappe für die Bemessungsmuster der Agenturen selbst – eigentlich dürfen die Ergebnisse des Stresstests Letztere kaum überrascht haben. Eine Änderung der Beurteilung darf umgekehrt aber auch nicht pauschal ausgeschlossen werden. Doch muss sie im Kontext der Erwartungen und Ergebnisse der gegenwärtigen Umbauarbeiten erfolgen.

Brisanter dürfte sich die Situation bei solchen Banken darstellen, die „gerade eben“ bestanden haben. Dort, wo das Tier-1-Ratio im getesteten Krisenszenario nur leicht über der sechs-Prozent-Marke lag (hierzulande etwa bei der Postbank und einigen Landesbanken), könnte es in nächster Zeit schnell zwingend werden, zusätzliches Geld aufzunehmen oder zumindest einen glaubwürdigen Plan für eine Eigenkapitalaufstockung vorzulegen. Die Fähigkeit will man auch bei Moody's genau beobachten. Die Notwendigkeit einer breiteren Kapitalbasis gilt dabei insbesondere für Institute, die stark in belasteten Staatsanleihen investiert sind. So lange ein

Institut eine relevante Größe besitzt, dürfte zwar weiterhin erste Hilfe auch in Einzelfällen von den jeweiligen Regierungen zu erwarten sein. Zumindest aus Sicht der Agentur lässt sich das aus dem bisherigen Handeln der Politik ableiten. Bei einer ausufernden Staatsverschuldung kann diese dennoch nur eingeschränkt und temporärer Natur sein. Und das gilt nicht nur für Portugal, Italien, Irland, Griechenland oder Spanien. Am Ende hat der EU-Stresstest also weder einen besonderen Einfluss auf die Ratings gehabt, noch kann er selbst als ein solches gewertet werden. Ein klein wenig Transparenz hat die Bekanntgabe der Ergebnisse dennoch geschaffen, und auch das Vertrauen der Institute untereinander dürfte insgesamt wieder etwas gestärkt sein: Selbst wenn der Test nur ein Schnappschuss war und mit der Zeit schnell an Aussagekraft verlieren wird, lassen sich die jeweils zugrunde liegenden Risiken von außen derzeit vielleicht ein wenig besser beurteilen. Für einige Banken ist das gut, für andere schlecht.

Sparkassen

Angekündigter Widerstand

„Nach Aufgabe der Gewährträgerhaftung vor einigen Jahren will die EU erneut ein Wesensmerkmal der Sparkassen beseitigen – die Bestandsgarantie für das ganze Institut mit all seinen Verbindlichkeiten. [...] Genau darin besteht die Institutsicherung, die wir verteidigen und die ein Höchstmaß an Verbraucherschutz bietet. Mit den neuen Plänen zerstört die EU das beste Sicherungssystem der Welt. [...] Es war aus heutiger Sicht ein Fehler, auf Druck der EU die Gewährträgerhaftung und damit einen wichtigen Pfeiler der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute aufzugeben. Jetzt dürfen wir uns nicht wieder einen wichtigen Pfeiler des deutschen Sparkassenwesens einreißen lassen.“ Es waren drastische Worte, mit denen der Präsident des baden-württembergischen Sparkassenverbandes, Peter Schneider, die von der EU-Kommission geplante Zusammenführung der nationalen Sicherungssysteme unter dem Dach Europas, kommentierte. Und der Präsident gab sich nicht nur kämpferisch, sondern auch zuversichtlich. Er gehe davon aus, dass diese Pläne noch verhindert werden können, wenn erst die Politik die Tragweite erkannt hätte. Und dafür würden die Sparkassen schon sorgen.

Etwas ruhiger dann seine Einschätzung in Sachen Landesbanken. Der eingeschlagene Weg der Konsolidierung hin zu drei Instituten sei richtig, dauere aber seine Zeit. Die LBBW sei operativ gut unterwegs und werde auch alle EU-Auflagen pflichtgemäß erfüllen. Dass die Übernahme der Deka-Anteile der

Landesbank dabei keine baden-württembergische, sondern eine bundesweite Angelegenheit sein wird, ist für Schneider ebenso klar, wie dass die Beteiligung an der Sparkassen-Versicherung und die Landesbausparkasse, die sich beide gerade in Bewertung befinden, im Ländle bleiben. Leisten könnten sich es die Platzbanken, die zwar schon kräftig unter der LBBW gelitten haben. Für 2010 rechnet Schneider mit einem Gesamtergebnis auf Vorjahresniveau, also rund 1,8 bis 1,9 Milliarden Euro. Und legt man seine Angaben zur Kernkapitalquote zugrunde, die auf ein Kernkapital per Ende 2009 von rund acht Milliarden Euro einfach gerechnet 9,2 Prozent und mit Vorsorgereserven rund 13 Prozent betrage, müssten in 340 f und g und sonstigen Puffern noch rund 3,3 Milliarden Euro schlummern. Sparsame Schwaben eben!

Discount-Zertifikate

Weichspüler für die Börse

Nichts gelernt, diese Zocker! So oder so ähnlich dürfte (müsste?) nach den Erfahrungen der vergangenen Monate wohl die Reaktion auf eine Anlageempfehlung in Derivate ausfallen. Und doch boomen Discount-Zertifikate: Fast 110 000 davon gibt es bereits und die verwalteten Volumina steigen stetig, verkündet der Deutsche Derivate Verband pünktlich zum 15. Jubiläum der Papiere. Von Brandmarken also keine Spur? Ganz so einfach ist es sicherlich nicht. Denn tatsächlich haben solche Papiere ihren Reiz und ihre Verbreitung ist nicht unbegründet: So lange der (Basis-)Aktienwert zum Umwandlungszeitpunkt über dem Wert des Zertifikats liegt, darf sich der Anleger auf eine solide Rendite freuen. Gleichzeitig sind die Verluste begrenzt. Betrachtet man die Kurven etwa des Dow Jones Euro-Stoxx 50 und eines entsprechenden Discount-Indexes, ist Letzterer deutlich weichgespült. Kurzfristige Veränderungen fallen deutlich geringer aus und durch die gesetzten Grenzen werden Abstürze der Basiswerte aufgefangen. Da die Entwicklung nach oben meist in weniger radikalen Schritten stattfindet, profitieren die Papiere und ihre Anleger also am stärksten bei Seitwärtsbewegungen, wie sie den Markt derzeit prägen.

Die eingebauten Haken lassen sich dabei leicht verkennen. Denn zum einen ist mit der „Wette“ eine Laufzeit verbunden, die durchschnittlich etwa 200 Tage beträgt, wie der Verband für die Top-10-Basiswerte ermittelt hat, in einigen Fällen deutlich länger. Das macht ein rechtzeitiges Reagieren auf Marktveränderungen unmöglich – wie schnell diese aber stattfinden können, haben 2008 ff. gezeigt. Zum anderen geht mit dem Discount gleichzeitig

eine Begrenzung nach oben einher. In starken Wachstumsphasen liegt die Rendite der Discount-Papiere also mitunter deutlich unter dem Basiswert. Zwar lässt sich dieser Schwellenwert den Bedürfnissen der Anleger anpassen, genug Varianz gibt das sechsstellige Produktangebot im Markt locker her. Doch verändert sich mit dem Spielraum nach oben auch der nach unten. Und das bedeutet ein größeres Verlustrisiko.

Damit liegt die Verantwortung einmal mehr bei der Finanzindustrie. Für die Institute spielen dabei zum einen die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten eine Rolle – je nach Konstruktion lassen sich mit Zertifikaten bessere Margen erreichen als mit Direktinvestments. Zum anderen gilt es, die wachsenden Anforderungen des Verbraucherschutzes zu würdigen. Mit entsprechender Aufklärungsarbeit sind Discount-Zertifikate ein durchaus probates Mittel für Privatanleger, die zwar an Gewinn, aber nicht dem maximalen Profit interessiert sind. Rendite vom Risiko zu entkoppeln, schaffen aber auch diese Papiere nicht. Ob die Banken diese Erkenntnis zwischen Vernunft und (Ver-)Kaufszwang auch ihren Kunden vermitteln können – und wollen?

Einlagensicherung

Indiskutabel – aus deutscher Sicht

Wieder einmal legen sich die deutschen Banken mit den Brüsseler Wettbewerbshütern an. Und wieder einmal – muss man sagen – zu Recht. Denn – leider wieder einmal – scheint den Kommissionären das Verständnis für das deutsche Bankensystem zu fehlen und scheint Gleichheit vor Sicherheit und Qualität zu gehen. Natürlich strebt die EU-Kommission vor allem nach Harmonisierung. Denn anders kann aus ihrer Sicht dieses Europa nicht gelenkt werden. Und in der Tat – für die Verbraucher in vielen, fast allen Ländern Europas ist der Vorschlag für eine neue europäische Einlagensicherung ein Fortschritt. Nur die wenigsten Bankensysteme haben bereits heute eine Absicherung, die über die nun geforderten 100 000 Euro hinausgeht, wie nebenstehende Tabelle zeigt.

Aus deutscher Sicht ist der Vorschlag jedoch inakzeptabel. Denn warum sollten sich die deutschen Bankkunden mit weniger zufrieden geben müssen, als sie heute schon haben. Kreditgenossenschaften und Sparkassen garantieren den Fortbestand des Institutes und damit alle Einlagen ohne Grenzen. Die Privatbanken versprechen 50 000 Euro pro Kunden und sichern über eine freiwillige Vereinbarung im Falle einer Insolvenz weiter pro Kunde bis

zu 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals. Künftig wären es pro deutschem Kunden nur noch 100 000 Euro aus einem Topf, der nach den EU-Plänen in zehn Jahren wohl rund 150 Milliarden Euro für alle europäischen Banken ausmachen könnte. Derzeit gibt es allein in Deutschland rund 64 Millionen Privatkunden. Selbst unter der (utopischen) Annahme, dass der europäische Sicherungstopf irgendwann einmal prall gefüllt sein würde, blieben im schlimmsten Fall für jeden deutschen Sparer merhin rund 2 500 Euro. Und selbst die Schieflage der Postbank mit rund vier Millionen rührigen Kunden (die 14 Millionen Postsparbücher einmal außen vor gelassen) wären die Entschädigungsleistungen mit 37 500 Euro weit von den versprochenen 100 000 entfernt. Das soll Vertrauen schaffen?

Kein Einlagensicherungssystem kann eine größere Bankenkrise abfedern – die deutschen nicht und auch das geplante europäische nicht. Hier bedarf es immer der Garantie des Staates als letzter Instanz. Und natürlich würde schon die Pleite einer größeren Bank jede Einlagensicherung überfordern – in einem solchen Fall ist ein System so gut oder schlecht wie die andere. Sind nun die festen Zusagen der europäischen Union für den deutschen Sparer vertrauenserweckender als die Garantie seiner Bank vor Ort? Ist das Wissen um die Höhe der für die Entschädigung vorhandenen Gelder für die Kunden wirklich besser, kann er mit diesen Informationen wirklich etwas anfangen? Gab es mit Ausnahme der einmaligen Bankenkrise in Deutschland bislang einen Fall, in dem geschädigte Anleger aus den bestehenden Systemen nicht entschädigt werden konnten, wo also die Einlagensicherung versagt hat? Nein, nein und nochmals nein.

Der Brüsseler Vorstoß macht aus deutscher Sicht nichts besser – nur schlimmer. Es ist nicht einzusehen, dass lokal tätige Sparkassen und Volksbanken für europäische Pleitebanken minderer Bonität zahlen sollen. Und war den Kunden bislang die Pleite einer Bank oder ein Bankrun in einem anderen Land aufgrund verschiedener Einlagensicherungssysteme relativ egal, so wird jeder vernünftige Verbraucher künftig sofort seine Konten hier in Deutschland leer räumen, wenn in Spanien oder anderswo ein solcher Fall publik wird. Denn er weiß ja, dass der Topf kaum für eine geschweige denn für mehrere Bankenschieflogen ausreicht. Mehr Sicherheit für das europäische Bankensystem bringt das alles sicher nicht. Von daher sollte sich die Kommission zunächst lieber um dringliche Probleme wie eine einheitliche Steuer- und Wirtschaftspolitik in Europa, verlässliche Haushaltskonsolidierungen mit konsequenten Strafen für Defizitsünder und eine schlagkräftige Bankenaufsicht bemühen und solange die Finger vom „sichersten Einlagensicherungssystem der Welt“ lassen. So sehen es zumindest deutsche Banker. P.O.

Land	Garantierter Betrag
Belgien	Seit dem 7. Oktober 2007 sind Einlagen bis zu einer Höhe von 100 000 Euro gesichert. Vorher betrug die Höchstgrenze 20 000 Euro.
Bulgarien	Kundeneinlagen sind im EU-Mitgliedsstaat Bulgarien bis 40 000 Bulgarische Lew gesetzlich garantiert. Das entspricht einer Höhe von 20 448,61 Euro.
Dänemark	Kundeneinlagen sind in Dänemark bis 300 000 Dänische Kronen (entspricht 40 250,57 Euro) gesichert.
Estland	Seit dem 9. Oktober sind Spareinlagen in Estland bis 50 000 Euro gesichert. Vorher reichte die gesetzliche Absicherung bis 20 000 Euro.
Finnland	Gesetzliche Einlagensicherung der Spareinlagen bis 25 000 Euro.
Frankreich	In Frankreich werden Kundeneinlagen bis zu einer Höhe von 70 000 Euro garantiert.
Griechenland	Seit dem 7. Oktober 2008 beläuft sich die griechische Einlagensicherung auf 100 000 Euro pro Kunde und Bank. Vor diesem Datum war die Höchstgrenze bei 20 000 Euro.
Großbritannien	Am 7. Oktober 2008 wurde die gesetzliche Einlagensicherung in Großbritannien auf 50 000 Britische Pfund angehoben, vorher betrug sie 31 700 Britische Pfund. Bis zu einer Kundeneinlage in Höhe von 2 000 Pfund war kein Selbstbehalt vorgesehen. Bei größeren Summen belief sich der Selbstbehalt auf zehn Prozent.
Irland	Seit dem 30. September 2008 garantiert der irische Staat für die gesamten Einlagen der Privatanleger bei den größten Banken des Landes. Vor diesem Zeitpunkt belief sich die Grenze der Einlagensicherung auf 20 000 Euro. Ein Selbstbehalt von zehn Prozent war vorgesehen.
Island	In Island sind Kundeneinlagen bis zu einer Höhe von 20 887 Euro gesichert.
Italien	In Italien sind die Einlagen von privaten Bankkunden bis zu einer Höhe von 103 291,38 Euro gesetzlich garantiert.
Kroatien	Die Höhe der gesetzlichen Einlagensicherung in Kroatien, einem offiziellen EU-Beitrittskandidat, beläuft sich auf 100 000 Kroatianische Kuna (entspricht 13 927,74 Euro).
Luxemburg	In Luxemburg sind Kundeneinlagen bis zu einem Betrag von 20 000 Euro gesichert.
Niederlande	Seit dem 7. Oktober 2008 garantieren die niederländischen Banken 100 000 Euro pro Kunde und Bank. Vor diesem Zeitpunkt belief sich die gesetzliche Einlagensicherung auf einen Betrag von maximal 20 000 Euro.
Norwegen	In Norwegen sind Kundeneinlagen bis zu einer Höhe von zwei Millionen Norwegischen Kronen gesichert.

Land	Garantierter Betrag
Österreich	Seit dem 7. Oktober 2008 garantieren die österreichischen Banken 100 000 Euro pro Kunde und Bank. Vor diesem Zeitpunkt belief sich die gesetzliche Einlagensicherung auf einen Betrag von maximal 20 000 Euro. Der Selbstbehalt belief sich auf zehn Prozent.
Polen	In Polen umfasst die gesetzliche Einlagensicherung den Gegenwert von 20 350 Euro in Polnischen Zloty. Bis zu einem Gegenwert von 1 000 Euro existiert kein Selbstbehalt, darüber beträgt er zehn Prozent.
Portugal	Kundeneinlagen sind in Portugal bis zu einer Höhe von 25 000 Euro gesichert.
Rumänien	In Rumänien beträgt die Höhe der gesetzlichen Einlagensicherung 20 450 Euro.
Russland	Spareinlagen sind bei russischen Banken bis zu einer Höhe von 190 000 Rubel (entspricht 5 407,33 Euro) garantiert. Ab einer Summe von 100 000 Rubel ist eine Selbstbeteiligung von zehn Prozent vorgesehen.
Schweden	Die schwedische Einlagensicherung garantiert dem Einleger seine Gelder bis zu einem Betrag von 250 000 Schwedischen Kronen.
Schweiz	In der Schweiz sind Kundeneinlagen bis zu einer Höhe von 30 000 Schweizer Franken garantiert (entspricht 19 578,30 Euro).
Serbien	Der Gegenwert von 3 000 Euro in Serbischen Dinar ist den Anlegern in Serbien gesichert.
Slovenien	Seit dem 7. Oktober 2008 sind alle privaten Einlagen in Slowenien staatlich garantiert. Vor diesem Stichtag betrug die Höhe der gesicherten Einlagen 5,1 Millionen Slowenische Tolar (entspricht 23 199,07 Euro).
Slowakei	Alle privaten Einlagen sind seit dem 7. Oktober 2008 staatlich garantiert. Davor war der Gegenwert von 20 000 Euro in Slowakischen Kronen abgesichert. Es existierte ein Selbstbehalt von zehn Prozent.
Spanien	Seit dem 7. Oktober 2008 sind 100 000 Euro pro Kunde und Bank abgesichert. Vorher betrug der Einlagenschutz 20 000 Euro.
Tschechien	Der Gegenwert von 25 000 Euro in Tschechischen Kronen ist für private Einleger garantiert. Der Anleger trägt einen Selbstbehalt von zehn Prozent.
Türkei	Den Kunden türkischer Banken sind Einlagen bis zu einer Höhe von 50 000 Türkischen Lira garantiert (entspricht 24 765,22 Euro).
Ungarn	In Ungarn sind Spareinlagen privater Bankkunden bis zu einer Höhe von sechs Millionen Ungarischen Forint abgesichert (entspricht 22 305,48 Euro). Bis zu einem Betrag von 4 000 ist keine Selbstbeteiligung vorgesehen, darüber beträgt sie zehn Prozent.

Quellen: EFDI, Oktober 2006; eigene Recherchen